

Joseph Vogl
Der Souveränitätseffekt

Joseph Vogl erhellt die Genealogie unserer finanzmarktkonformen Moderne: Sein Essay verändert den Blick auf die Gegenwart

Besprechung von Jens Bisky, Süddeutsche Zeitung, am 10.03.2015

Nachdem das Bankhaus Lehman Brothers falliert hatte, Dutzende weitere Banken geschlossen oder verstaatlicht worden waren, Börsenkurse und Bruttoinlandsprodukte einbrachen, Insolvenzen und Rezessionen eintraten, die Kanzlerin die Sicherheit der Konten garantierte, besann sich das allgemeine Publikum, inmitten des Wirbels aus alarmistischen Expertenmeinungen und Rettungsprogrammen, auf bleibende Werte. Das hieß: Immobilien kaufen, Moral predigen und auf die demokratische Einhegung der Finanzwirtschaft hoffen.

Keiner dieser Versuche, sich zum Herren der Situation einzusetzen, war verächtlich, aber keiner vermochte den Schock des Lehman-Konkurses zu mildern, die Lage zu klären. Zwangssituationen und Notstandsmaßnahmen sind inzwischen so alltäglich geworden wie Minizinsen. Der jüngste Showdown im Ringen um die Finanzierung Griechenlands hat dies noch einmal vor Augen geführt. Die Zuspitzung „Varoufakis gegen Schäuble“ mag den verwickelten Zusammenhängen und Abhängigkeiten nicht gerecht werden, zeigt aber, dass es stets auch darum geht, wer entscheidet, sich durchsetzt, am Ende lächelt: griechische Wähler, eine ehrgeizige Regierung, deutsche Steuerzahler, Gläubiger, die EZB, Rettungsmaschinerien, der Euro oder die Finanzmärkte. Weitere Episoden des Dramas sind bereits angekündigt. Wer nicht von einer Rückkehr zum Nationalstaat träumt, wird weiter auf Immobilien setzen, vor Gier warnen und auf den politischen Beschluss warten, die Finanzmärkte im Sinne des Gemeinwohls zu bändigen.

Immobilienkäufe haben ihre eigenen Risiken, moralische Appelle helfen so viel oder so wenig wie in den vergangenen 200 Jahren – und die Vorstellung, der Staat würde mit seinen juristischen und verwaltungstechnischen Möglichkeiten die Finanzwirtschaft an die Kandare nehmen, setzt ein eindeutig sortiertes Feld, ein gut aufgeteiltes Terrain voraus, dessen Existenz man behaupten mag, das sich aber in der Wirklichkeit nicht finden lässt.

Die Entgegensetzung von Markt auf der einen und Staat auf der anderen Seite sei Teil einer liberalen Legende. Sie verstelle den Blick auf die Gegenwart, werde weder der Dynamik des Finanzkapitalismus noch der Regierungspraxis und auch nicht dem jüngsten Krisengeschehen gerecht. Das behauptet der Literaturwissenschaftler Joseph Vogl in seinem Essay „Der Souveränitätseffekt“, einem ebenso kühnen wie klugen Traktat zur politischen Ökonomie.

Nun konnte man auch bisher schon wissen, dass es mit den Spannungen zwischen Regierungshandeln und Marktmechanismen eine eigene Bewandnis hat. Die „neoliberale“ Agenda etwa, gern als ein „Zurückdrängen des Staates“ beschrieben, konnte allein durch massiven Einsatz staatlicher Macht umgesetzt werden, ob nun im Chile Pinochets und der Chicago Boys, in Margaret Thatchers Großbritannien oder während der Schocktherapien für die osteuropäischen Länder nach 1989. Aus der Geschichte sind Unternehmen bekannt, die wie die Niederländische Ostindien-Kompanie Handel trieben und zugleich Hoheitsrechte ausübten. Und welcher Sphäre soll man „die Institutionen“ zurechnen, die bis vor Kurzem als Troika auftraten?

Joseph Vogl spricht von „politisch-ökonomischen Indifferenzonen“, die während der Ausbildung unserer neuzeitlichen politischen wie wirtschaftlichen Systeme entstanden. Sein „historisch-spekulativer Versuch“ unternimmt nicht weniger, als die Uneindeutigkeiten auf den Begriff zu bringen. Was durch die liberale Brille gesehen als Systemwidrigkeit, Anomalie, Ausnahmefall in Notsituationen erscheinen muss, schildert er als normal. Die Geschichte unserer Moderne ist ohne die von ihm rekonstruierten, informellen Souveränitätseffekte nicht zu verstehen.

Dieser Essay wird nicht nur Freunden des politischen Liberalismus eine schlaflose Nacht bereiten, zu sehr hängt unser aller Verständnis der Moderne an Theorien der Ausdifferenzierung von Systemen, der klaren Trennung von Strukturen mit jeweiliger Eigenlogik. Die Macht, deren Genealogie Vogl erhellt, ist aber wirksam gerade in ihrer institutionellen Schwäche.

Joseph Vogl wurde 2003 mit einer „Poetik des ökonomischen Menschen“ bekannt, er hat 2010 das „Gespenst des Kapitals“ heraufbeschworen und damit alle, die an die Rationalität der Märkte glauben wollen, erschreckt. Das Buch wurde ein Bestseller, es ließ dem Leser die Möglichkeit des Kopfschüttelns über die Illusionen der Ökonomen und ihren seltsam moralisierenden Utopismus.

Sein neuer Essay erlaubt derlei Abwehr nicht. Er beginnt mit einer rasanten Erinnerung an die unerhörten Begebenheiten seit dem Herbst 2008. „Ich weiß nicht, wie das passieren konnte“, fasste Richard Fuld, CEO von Lehman Brothers, seine Ratlosigkeit zusammen. Die Frage, die Vogl umtreibt, lautet nicht, ob man Lehman Brothers hätte retten können oder müssen. Er will „Machtgeheimnissen der Finanzökonomie“ auf die Spur kommen, die in der Krise sichtbar geworden sind.

Dazu zeigt er zunächst, dass gutes Regieren seit dem Ende des 17. Jahrhunderts immer auch ökonomisches Regieren war. Der Staat war nicht nur der Leviathan, der den Krieg aller gegen alle unterband, sondern wurde auch zu einem Wesen, das bürgerliche Tätigkeit ermunterte, Vermögen und Kräfte der Population bewirtschaftete.

Dies ist eine der Linien, die in die Gegenwart führen. Eine zweite führt Vogl mit einer Anekdote ein, die wohl bloß gut erfunden, aber doch so wahr ist, dass Wikipedia das Ereignis verzeichnet. Augsburg, 1530: Karl V. besucht die Fugger, wird reichlich bewirtet. In den Kamin hängt der Kaufmann und Bankier Anton Fugger ein Bündel Zimtstangen, damals eines der teuersten Konsumgüter. Die Fugger zeigen dem Kaiser einen Schuldschein, auf dem er den Erhalt einer beträchtlichen Summe quittiert hatte, dann verbrennen sie die Schuldverschreibung und die Zimtstangen im Kamin. Diese verbreiteten, so wird erzählt, „einen Duft und einen Duft und einen Lichtschein, die der Kaiser umso süßer und angenehmer empfand“, da er von einer Schuld befreit war, die er nicht hätte begleichen können. Er erscheint, so Vogl, als „gebundener Souverän“: „Im Patrizierhaus wird der Kaiser mit der Inszenierung von höfischem Luxus, mit der Erinnerung an seine Insolvenz und an eine unerfüllte Verpflichtung gleichermaßen konfrontiert.“

Es geht um den Haushalt des Souveräns und dessen Abhängigkeit von Finanzmärkten. Staatsfinanzierung über Kredit setzt der Macht eine Grenze. Im Durchgang durch einige Stationen – Fiskus, Münzrecht, Wechselgeschäfte – identifiziert Vogl einen Machttypus, der im Ineinander von politischen Strukturen und ökonomischen Operationen entsteht: „seigniorale Macht“, sogenannte nach seigniorage, dem Münzgewinn wie dem Gewinn der Notenbanken durch Geldemission.

Was zeichnet seigniorale Macht aus? Zunächst ein heterogenes Gefüge aus Recht und Geschäft, privaten und öffentlichen Akteuren, weiterhin die Verknüpfung mit fiskalischen Operationen, etwa durch steuergedeckte Anleihen. Durch das „private Management öffentlichen Kredits“ werde, sagt Vogl, eine spekulative Finanzierung verstetigt. Das hat paradoxe Effekte: Mit dem Kredit-Steuer-Kreislauf stellt der Staat sich selbst auf Dauer, er ist souverän in Fiskalangelegenheiten, die sich aber zugleich dem souveränen Zugriff entziehen. Die „Privatisierung staatlicher Ressourcen“ und die „politische Besetzung privater Finanz“ gehen Hand in Hand: Seigniorale Macht entsteht mit staatlicher Autorität und gleichermaßen abseits von ihr.

Am Beispiel der Niederlande verfolgt Vogl, wie sich seit dem Ende des sechzehnten Jahrhunderts „verstreute Gestalten seigniorale Macht in einer kohärenten Anordnung“ zusammenfügen. Ihren Ort findet sie etwa in der 1694 gegründeten Bank of England: 1268 Gläubiger liehen dem König 1,2 Millionen Pfund Sterling gegen eine Verzinsung von acht Prozent. So wurde „der stets drohende fürstliche Diebstahl in einen Vertrag zwischen Schuldner und Gläubiger verwandelt und eine neue Institution im Akt fiskalischer Verzweiflung installiert“.

Sätze wie dieser, und es gibt viele davon, machen die Lektüre des Essays zu einem intellektuellen Vergnügen. In pointierten Formulierungen umkreist Vogl die privat-öffentlichen Hybride und stößt, nachdem er die theoretisch bequeme Gegenüberstellung von Staat und Wirtschaft kassiert hat, den Leser in immer neue Paradoxien und Dilemmata. Er sagt nicht, dass Finanzmärkte die Herrschaft übernommen haben, reformuliert nicht die vulgärmarxistische Lehre vom staatsmonopolistischen Kapitalismus („Stamokap“). Sein Essay ist auf furchtbare Weise gelungen, weil er den politischen Doublebind ernst nimmt, an dem kein gegenwärtiger Zeitungsleser vorbeikommt: „Die verfassungsmäßigen Arrangements zur Sicherung des Kredits konnten zugleich als Gefährdung ebendieser Ordnung angesehen werden.“

Das Parlament kontrolliert die Regierung, deren Handeln finanzökonomisch gefesselt ist und eine investierende Öffentlichkeit berauscht sich an Gewinnchancen, die eben diese „Verschränkung von staatlichen Autoritäten und privater Geschäftstätigkeit voraussetzt“. Spätestens hier verlässt Vogl alle Komfortzonen normativ begeisterter Demokratietheorie. Demokratisierung des Regierens ging einher „mit der Schaffung neuer Autoritätsenklaven“.

Mit der „vierten Gewalt“ verbinden sich üblicherweise idealisierte Vorstellungen von Medien und Öffentlichkeit. Hier wird unter diesem Titel die Einrichtung von Zentralbanken abgehandelt. Ob es sich um das amerikanische Federal Reserve System handelt, um die 1948 gegründete Bank deutscher Länder, aus der die Bundesbank hervorging oder die EZB, „eine Verschärfung des deutschen Modells“ – ihre Unabhängigkeit bedeutet, dass sie abseits demokratischer Kontrolle agieren. Am Beispiel der chilenischen Zentralbank, deren Unabhängigkeit 1989 verfassungsrechtlich festgeschrieben wurde, zeigt Vogl, wie eben dadurch „Errungenschaften“ des autoritären Regimes für die Zeit der Demokratie gesichert wurden. Zentralbank und Finanzmärkte setzten einer anderen Wirtschaftspolitik, einer Umverteilung der Vermögen engste Grenzen.

Wäre es deshalb vernünftiger, abhängige Zentralbanken zu schaffen, die wechselnden Mehrheiten, der Tyrannei der Majoritätsbeschlüsse unterworfen wären? Dieser Essay beunruhigt vor allem deswegen, weil er die Vorstellung verabschiedet, die exzeptionelle Macht der Finanzmärkte sei das Produkt einer Fehlentwicklung, die – politischen Willen und Vernunft vorausgesetzt – sich entschlossen korrigieren ließe. Die Entwicklung des Finanzregimes zur „parademokratischen Ausnahmepolitik“ war nicht zwangsläufig, folgte aber doch einer eigenen Logik: „Souverän ist, wer eigenen Risiken in Gefahren für andere zu verwandeln vermag und sich als Gläubiger letzter Instanz platziert.“

In dieser Woche beginnt das Staatsanleihen-Kaufprogramm der EZB, unbesehen der Tatsache, dass die Folgen geldpolitischer Steuerungsversuche ungewiss sind, die ihnen zugrunde liegenden Annahmen unhaltbar. Wenn Vogls plausible Diagnose stimmt, erleben wir seit 2008 die riskante Restauration des Finanzregimes, das zur Krise geführt hat. Das geht mit einer Radikalisierung unseres Daseins als Schuldensubjekt einher. Ein heftiger Streit über diesen Essay wäre hoch willkommen, er wäre ein Streit über das Selbstbild des Westens, die Verstetigung von Ausnahmezuständen und die Möglichkeiten, mit fiskalischer Verzweiflung zu leben.

Quelle:

https://www.buecher.de/shop/gesellschaft--geschichte/der-souveraenitaetseffekt/vogl-joseph/products_products/detail/prod_id/35695496/#reviews-more